ich-bin-wirklich-sauarm-Preis: **Spende**;
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **€1**;
ich-besitze-Mercedes-Aktien-Preis: **€100**;

★ Zeitung von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation ★ Nummer 43 ★ September 2011 ★

Linker Wahl-O-Mat
Wie sieht es aus mit den linken Parteien, also DKP und PSG? Und mit den Piraten? Und mit Linken, die die Linkspartei wählen?
➡ Seite 2

Trotzkistische Fraktion
RIO ist jetzt Teil der Trotzkistischen Fraktion–Vierte Internationale, einer internationalen Strömung mit elf Sektionen.
➡ Rechte Spalte

www.REVOLUTION.de.com

¡BASTA!

Berliner Wahlen am 18. September:

Eine revolutionäre Alternative aufbauen!

Wie entscheidet Ihr Euch, KollegInnen?

Ohnmächtig – so fühlen sich viele BerlinerInnen angesichts einer Abgeordnetenhaus-Wahl, bei der man eigentlich keine Wahl hat. Die Parteien, die sich eine soziale Politik und die Tradition der ArbeiterInnenbewegung auf die Fahnen schreiben – SPD und Linkspartei – haben in den letzten zehn Jahren rot-roter Regierung die Situation weiter verschlechtert.

Rot-Rot hat die Gehälter im öffentlichen Dienst um 12% gesenkt und die Zahl der Stellen um ein ganzes Drittel reduziert. Auch wurde dank rot-roter Bildungspolitik die Lernmittelfreiheit abgeschafft und mit dem neuen Hochschulgesetz 2011 die Bedingungen an den Universitäten weiter verschlechtert. Dafür boomen Armut und Leiharbeit. 150.000 Wohnungen hat der rot-rote Senat an private InvestorInnen verscherbelt, den sozialen Wohnungsbau gestoppt und die Wasserbetriebe privatisiert. Besonders die Linkspartei beweist in Berlin die Schwäche ihres reformistischen Konzepts: Regierungsverantwortung im Kapitalismus bedeutet nur die verzweifelte Verwaltung sozialer Übel. Im Wahlkampf präsentiert sich die Linkspartei als Opposition gegen soziale Missstände. Die „GenossInnen" haben wohl vergessen, dass sie selbst für diese Missstände verantwortlich sind.

Kampf für Arbeitsplätze

- ★ Ein Ende von prekären Arbeitsverhältnissen! Übernahme aller LeiharbeiterInnen in die Stammbelegschaften!
- ★ Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, um die vorhandene Arbeit auf alle Schultern zu verteilen!
- ★ Automatische Lohnangleichung an die Preissteigerung und ein Mindestlohn, dessen Höhe von den ArbeiterInnenorganisationen bestimmt wird!
- ★ Besetzung von allen Betrieben, die mit Schließung drohen! Enteignung unter ArbeiterInnenkontrolle!

Alternative? Fehlanzeige.

MancheineR meint zur Zeit, die Grünen wären vielleicht die Alternative. Doch, neben ihrer unverhüllten Sparwilligkeit zeigt ihr Wahl-Slogan, wohin die Reise gehen würde: „Eine Stadt für alle!" heißt für Künast und co. nichts anderes als „Eine Stadt genauso für HartzerInnen und BilligjobberInnen, wie für InvestorInnen und Bonzen". Dass die Grünen die Klassenspaltung der Gesellschaft leugnen, dient nur den KapitalistInnen. Das bewies die rot-grüne Bundesregierung: Angriffskriege im Kosovo und Afghanistan und die Einführung von Hartz IV.

Neuerdings zeigt sich auch in Stuttgart, was in der Regierung aus der „grünen Alternative" wird. Stuttgart 21 wurde aus der Opposition heraus zwar heftig kritisiert. Doch nun an der Regierung, wird der Bahnhofsbau „verantwortungsbewusst" begleitet.

Kampf für Bildung

- ★ Kostenlose Bildung für alle! Gegen alle Gebühren für Schulmaterialien und Studium! Demokratische Kontrolle der Schulen und Unis!
- ★ Einstellung von Tausenden neuen LehrerInnen zur drastischen Reduzierung der Klassengrößen!
- ★ Gegen soziale Selektion durch das gegliederte Schulsystem! Ausbildungsplätze für alle! Kita-Plätze für alle Kinder!
- ★ Für neue Bildungsstreiks, um diese Forderungen durchzusetzen! Für die Einheit von Studierenden und Arbeitenden!

Nazis und RassistInnen

Nationalismus und offener Rassismus sind während dieser Wahlen stark präsent. Zur faschistischen NPD gesellen sich „Die Freiheit" und „Pro Deutschland".

Manche AntifaschistInnen, wie zum Beispiel die GenossInnen vom VVN-BdA, empfehlen deswegen „demokratisch", also irgendeine andere Partei zu wählen. Doch kann die Wahl von CDU, SPD oder selbst der Linkspartei rassistische Hetze verhindern? Nein! Denn es ist die Politik der großen Parteien, die den RechtspopulistInnen erst den Nährboden bereitet. Es ist der Nationalismus und Rassismus der bürgerlichen Alltags-Politik, der den Rechten alle Türen öffnet. So der Rassismus des ehemaligen Mitglieds der rot-roten Regierung, Thilo Sarrazin, oder der aktuelle Wahlkampf der Berliner FDP.

Um RechtspopulistInnen und Nazis zu stoppen, müssen wir – neben konkreten Aktionen auf der Straße – ein alternatives Programm verbreiten: Vereinigung der Lohnabhängigen jeder Herkunft zum Kampf gegen die gemeinsamen Probleme: Ausgrenzung, Entlassung, Ausbeutung... ein antikapitalistisches und internationalistisches Programm gegen den bürgerlichen Normalbetrieb.

Parlamentarismus?

Wirklich demokratisch sind die jetzigen Zustände keinesfalls. Das merken wir bei den Wahlen deutlich: Wir dürfen prokapitalistischen Parteien Blankoschecks für die nächsten fünf Jahre ausstellen – auf der Basis von sogenannten Wahlversprechen. Und nicht mal das dürfen alle: Menschen ohne deutschen Pass oder Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich zwar von Unternehmen ausbeuten lassen, aber politisch nichts entscheiden. Nach den Wahlen sollen wir dann still weiterarbeiten: An Arbeitsplätzen, wo ungewählte Bosse das Sagen haben.

Kampf für Wohnungen

- ★ Rücknahme der Privatisierungen von sozialen Wohnungen! Vergesellschaftung der Wohnhäuser!
- ★ Bezahlbarer Wohnraum für alle! Verbot für Spekulation! Enteignung der Miethaie zugunsten der MieterInnen!
- ★ Selbstorganisierung der MieterInnen, um die Mieten zu kontrollieren und Räumungen zu verhindern!
- ★ Verstaatlichung der Wasserbetriebe, der Energiekonzerne und der S-Bahn unter Kontrolle der ArbeiterInnen, um die Lebenshaltungskosten zu senken!

Gegen diesen Unsinn müssen wir mit der Perspektive allgegenwärtiger ArbeiterInnendemokratie kämpfen. Wir müssen uns organisieren und die diktatorischen Entscheidungen der Chefs nicht hinnehmen, sondern Entlassungen und Betriebsschließungen mit Streik, Besetzung und Enteignung beantworten. Letztendlich müssen wir die privaten Unternehmen, die Banken und Konzerne enteignen. An die Stelle der schein-demokratischen Herrschaft des Kapitals müssen wir eine wirklich demokratische Planwirtschaft setzen.

Politische Verantwortung darf nicht auf „gute" Abgeordnete abgeschoben werden. In Griechenland und im spanischen Staat organisieren „linke" Regierungen die Plünderung der Bevölkerung durch Banken und Konzerne. Dagegen zeigen sich aber dort auch die Ansätze einer weitergehenden Perspektive: Massenproteste und Streiks sind eine erste Antwort der lohnabhängigen Massen gegen die bestehende Pseudo-Demokratie. Im spanischen Staat fordern die demonstrierenden ArbeiterInnen und Jugendlichen „echte Demokratie". Einige (unter ihnen unsere GenossInnen von ***Clase contra Clase***) werden bereits genauer: „ArbeiterInnendemokratie".

Dass Massenbewegungen etwas ändern können, wurde dieses Jahr eindrucksvoll in Nordafrika bewiesen. Dort wurden mächtige Diktatoren verjagt – nach jahrzehntelanger Herrschaft zu Gunsten westlicher Banken und Konzerne.

Diese Proteste sind eine erste Reaktion der armen und arbeitenden Massen auf die kapitalistische Krise, die den KapitalistInnen fast keinen Raum mehr für Zugeständnisse lässt. Es ist die Krise ihres eigenen Systems, die die Herrschenden zu immer heftigeren Einschnitten zwingt. Die ersten Folgen bekommen wir auch schon in Berlin zu spüren.

Was also tun?

Man bietet uns eine Wahl, die keine ist: Die Wahl zwischen Kürzung und Kürzung. Dabei lehnen wir die Wahl reformistischer Parteien nicht grundlegend ab. Wenn es in der ArbeiterInnenklasse noch starke Illusionen in diese Parteien gibt, fordern wir eine kritische Wahlunterstützung, um die ReformistInnen endgültig zu entblößen. Jedoch hat Rot-Rot diese Arbeit inzwischen aus eigener Kraft geleistet.

In Berlin gibt es viele Kräfte der radikalen Linken. PSG und DKP treten zur Wahl an. Wir lehnen die Beteiligung an Wahlen durch RevolutionärInnen nicht ab. So stehen wir, wo es dem Aufbau einer revolutionären Partei dient, auch für die Taktik einer revolutionären Wahlfront ein. Mit Hilfe einer solchen durchbrach unsere argentinische Schwesterorganisation, die PTS, gemeinsam mit anderen revolutionären Kräften die anti-demokratischen Hürden des argentinischen Wahlsystems und erlangte über 500.000 Stimmen. Auch in Erwägung eines ähnlichen Projektes vor Ort, formulieren wir in den anschließenden Artikeln solidarische Kritik u.a. an Kräften der Berliner radikalen Linken.

Heute besitzt die lohnabhängige Bevölkerung keine Partei! Dabei muss dringend eine neue, revolutionär-marxistische Partei aufgebaut werden, die alle ArbeiterInnen, die für das Programm von ArbeiterInnendemokratie und Sozialismus kämpfen wollen, organisiert. Eine Partei mit der Aufgabe, die Lohnabhängigen und Jugendlichen für die eigenen Interessen zu mobilisieren.

Es bringt nichts, am 18. September zu Hause zu bleiben. Es ist wichtig, zur Wahl zu gehen und den Wahlzettel ungültig zu machen, als Protest gegen die bestehende Parteienlandschaft. Es ist aber tausendmal wichtiger, uns zu organisieren und den Aufbau einer revolutionären Partei auf der Grundlage der Lehren der ArbeiterInnenbewegung voranzutreiben!

➡ *von Victor Jalava, RIO, Berlin*

➡ *In den Kästen findet ihr nicht unser „Wahlprogramm" aber einige zentrale Forderungen.*

Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

Vor den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin ist die Ablehnung fast überwältigend – die alten Parteien haben einfach nichts anzubieten. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, eine neue politische Organisation vorstellen zu können.

RIO, die Revolutionäre Internationalistische Organisation, wurde Anfang 2010 gegründet. Wir haben uns von Anfang an die Aufgabe gesetzt, ein marxistisches Programm anhand der brennendsten Fragen des internationalen Klassenkampfes zu erarbeiten und auf dieser Grundlage eine weltweite Organisation aufzubauen.

Im Laufe unserer Arbeit und unserer Diskussionen haben wir festgestellt, dass wir große und mit der Zeit immer größere Übereinstimmungen mit der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale haben. Die FT-CI (nach der spanischen Schreibweise) ist eine trotzkistische Strömung mit Präsenz in verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Europas.

Auf einer Konferenz im August in Buenos Aires hat die FT-CI entschieden, RIO als sympathisierende Sektionen in Deutschland und der Tschechischen Republik aufzunehmen. Daraufhin sind auch Mitglieder der FT in Deutschland bei RIO eingetreten. So werden wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, die Trotzkistische Fraktion in Europa aufzubauen und somit einen Beitrag zum Wiederaufbau der von Leo Trotzki gegründeten Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, zu leisten.

Seit 2003 geben wir die Zeitung REVOLUTION heraus – zuerst als Zeitschrift der Jugendorganisation REVOLUTION, dann als Flugschrift von RIO. Diese, die dreiundvierzigste Ausgabe, wird auch die letzte sein. In circa einem Monat melden wir uns mit einer neuen politisch-theoretischen Zeitschrift und verschiedenen Veranstaltungen zurück. Wenn du dieses neue Projekt unterstützen oder einfach mehr darüber wissen willst, trete mit uns in Kontakt!

Die Trotzkistische Fraktion besteht aus:

Argentinien
Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente – www.ltscc.org.mx

Bolivien
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional – www.lorci.org

Brasilien
Liga Estrategia Revolucionaria – Quarta Internacional – www.ler-qi.org

Chile
Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela
Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica
Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Spanischer Staat
Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire der NPA – www.ccr4.org

Tschechien (sympathisierend)
Mezinárodní Revoluční Organizace (RIO) – www.rio.cz.tc

Deutschland (sympathisierend)
Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) – www.revolution.de.com

www.ft-ci.org

Der linke Wahl-O-Mat

Piraten ins Parlament?

In den letzten Wochen vor der Wahl erreichte die Piratenpartei Berlin in Umfragen überraschende Spitzenwerte von bis zu 6,5%. Damit ist ihr Einzug ins Abgeordnetenhaus plötzlich eine reale Möglichkeit geworden. Aber was würde das für die Berliner Politik und für die PiratInnen selbst bedeuten? Etwa einen ersten Schritt zur Durchsetzung ihrer radikaldemokratischen Vorschläge?

Die Piratenpartei lehnt es selbst immer wieder ab, sich innerhalb des „traditionellen politischen Spektrums" zu positionieren – sie will also weder links noch rechts sein. Trotzdem hat sie sich bereits ein ganzes Stück aus der Nische der reinen Netzpolitik herausgewagt und spricht mit ihren Forderungen nach Mindestlohn, kostenloser Bildung und dem bedingungslosen Grundeinkommen auch linke WählerInnen an.

Dass sie sich in ihrem Auftreten so stark von den etablierten Parteien abhebt, macht sie ohnehin für viele – vor allem junge – Menschen interessant, die sich durch keine der großen Parteien vertreten sehen. So schafft sie es, eine Vielzahl engagierter AktivistInnen für sich zu gewinnen, die bis zuletzt auf einen Wahlerfolg in Berlin hinarbeiten werden.

Sie hoffen darauf, dass dank Internet und moderner Kommunikationstechnik endlich „mehr Demokratie" möglich ist. Dabei übersehen sie, dass dies bisher nicht an mangelnder Technik, sondern schlicht an den Klasseninteressen der Bourgeoisie gescheitert ist – weil sich die KapitalistInnen niemals freiwillig dem Diktat der Mehrheit der Bevölkerung unterwerfen.

Um aber wirkliche Alternativen zur parlamentarischen Scheindemokratie zu bieten, um den Normalzustand von Ausbeutung und Armut überwinden zu können und das ganze Potenzial menschlicher (und damit auch technischer) Möglichkeiten auszuschöpfen, bedarf es der Überwindung des Kapitalismus.

Die Piratenpartei vertritt eine Haltung, die vielleicht einige „Auswüchse" des Kapitalismus kritisiert und hinterfragt – aber keinesfalls deren Grundlage angreift. Als Antwort auf die Macht der Monopole fordert sie – in bester wirtschaftsliberaler Tradition – „offene Märkte". Sie konstatiert: „Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum", und scheint nicht zu merken, dass beides unweigerlich zusammengehört.

Was passiert also, wenn wirklich einige PiratInnen ins Parlament dürfen? Vielleicht bleiben sie einigen ihrer fortschrittlichen Ideen treu – dann dürften sie schnell ein Randdasein fristen. Wahrscheinlicher aber ist, dass die alteingesessenen Abgeordneten der anderen Parteien sich schnellstens darum bemühen werden, die Neuen in ihrem Sinne einzubinden. So werden die PiratInnen auch mal einige ihrer Programmpunkte durchsetzen können – allerdings nur solche, die in keinerlei Widerspruch zu wirtschaftlichen Interessen stehen. Und wie immer in der „Realpolitik" muss man eben auch Kompromisse machen – wer nicht nach diesen parlamentarischen Regeln spielt, fliegt dagegen wieder raus. Unter diesem Druck könnte die Piratenpartei nach und nach ihre großen Ziele über Bord werfen.

Dass dies langfristig kein unrealistisches Szenario ist, zeigt die Entwicklung der Grünen von der scheinbaren ökologisch-pazifistischen Alternative zu den WegbereiterInnen des Kosovo-Krieges und MitgestalterInnen des massiven Sozialabbaus unter Rot-Grün.

Im Ernstfall könnten die Piraten dann eines Tages wie die Grünen dazu dienen, völlig reaktionäre Politik durchzusetzen und das ihrer WählerInnenschaft als Fortschritt zu verkaufen.

➟ von Tom Hirschfeld, RIO, Potsdam

Was ist mit der DKP?

Die Deutsche Kommunistische Partei wirbt mit Plakaten, dass Berlin eine „Antifa-Zone" und „Nicht zum Verkauf" sei. Die DKP nimmt zusammen mit ihrer Jugendorganisation SDAJ an zahlreichen Protesten teil, z.B. gegen die Wasserprivatisierung. In ihrem Wahlkampfprogramm sagen sie, dass die Probleme der ArbeiterInnen und Jugend in Berlin im Rahmen des Kapitalismus nicht gelöst werden können, und dass nur der Kampf in Schulen, Unis und Betrieben hilft.

Allerdings wurde die DKP 1968 als die diplomatische Vertretung der stalinistischen DDR in Westdeutschland gegründet. Die Berliner DKP ist zwar deutlich linker als ihre Bundespartei, hat ihre stalinistischen Wurzeln jedoch nicht überwunden. Zwar verzichten sie in ihrem Wahlprogramm auf einen offenen Lobgesang auf die DDR wie in früheren Wahlprogrammen. Doch das Schweigen an dieser Stelle wird mehr als kompensiert durch ihre zahlreichen Erklärungen zur Verteidigung des Baus der Berliner Mauer vor 50 Jahren oder die Tatsache, dass sie einen ehemaligen Verteidigungsminister der DDR auf ihre KandidatInnenliste gesetzt haben.

In der jetzigen Situation ist es wichtig, gegen die Verteufelung der DDR und der Gleichsetzung von Stalinismus und Faschismus vorzugehen, da diese zur Herrschaftsideologie des BRD-Regimes gehören. Doch um eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnen und Jugend aufzubauen, ist es noch wichtiger, mit dem Vorurteil aufzuräumen, dass „der Sozialismus gescheitert" sei. Mit dem Untergang der DDR ist nicht der Sozialismus, sondern nur der Stalinismus gescheitert. Uns ist klar, dass die meisten DKP-Mitglieder zugeben, dass in der DDR „Fehler gemacht wurden". Eine tiefer gehende Analyse vermeiden sie jedoch.

Neue revolutionäre Umstürze sind nur möglich, wenn eine Bilanz der gesamten Erfahrung des Stalinismus gezogen wird. Hierzu reicht es nicht, einzelne politische Entscheidungen zu kritisieren. Die DDR war kein Sozialismus: es war nicht die ArbeiterInnenklasse, in Räten organisiert, die die Produktion und das gesamte gesellschaftliche Leben selbst verwaltete; es herrschte eine abgehobene und privilegierte Bürokratie. Die Ablehnung der Selbstorganisation der ArbeiterInnen bedeutet letztendlich die Ablehnung der Revolution. Denn wie sollten die Unterdrückten den Kapitalismus stürzen, ohne den Aufbau ihrer eigenen Räte, nach dem Modell der Oktoberrevolution?

Dieses grundlegende Problem führt zu vielen weiteren Fehlern der DKP. So kritisieren sie die „Sozialpartnerschaft" der Gewerkschaftsspitzen. Dagegen fordern sie jedoch nur „linke" und „kämpferische" Gewerkschaften statt antibürokratischen und demokratischen Gewerkschaften, in denen FunktionärInnen direkt gewählt und jederzeit abwählbar sind, Hauptamtliche nur einen durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn bekommen und politische Entscheidungen durch Versammlungen der Basis getroffen werden. Wir glauben nicht, dass GewerkschaftsbürokratInnen wirklich „links" sein können, weil sie letztendlich immer ihre eigenen Privilegien verteidigen – was man auch am Beispiel der GewerkschaftsbürokratInnen sieht, die bei der DKP Mitglied sind!

Schließlich fehlt, neben dem Bekenntnis zur klassenlosen Gesellschaft, irgendein Verweis seitens der DKP, wie sie das erreichen wollen. Wollen sie denn einen „Sozialismus" wie auf Kuba? Wir fürchten schon. Aus diesen Gründen denken wir nicht, dass die DKP eine sinnvolle Option darstellt.

➟ von Wladek Flakin, RIO, Berlin

Was ist mit der PSG?

Die Partei für Soziale Gleichheit fordert auf ihren Wahlplakaten: „Gegen Krieg und Militarismus", „Solidarität mit den griechischen ArbeiterInnen" und „Enteignung der Banken und Konzerne". Die PSG nennt sich die deutsche Sektion der Vierten Internationale und sucht damit die Kontinuität zur internationalen Organisation, die 1938 vom russischen Revolutionär Leo Trotzki gegründet wurde. Das Beispiel der Vierten, als unnachgiebige Opposition gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus, dient auch uns von RIO und der FT-CI als programmatisches Fundament. Wir denken aber nicht, dass die PSG tatsächlich diese Kontinuität verkörpert.

Es gibt große Differenzen zwischen der PSG und dem Programm Trotzkis, vor allem in der Gewerkschaftsfrage. Die PSG lehnt jede gewerkschaftliche Organisation ab, denn sie verwechselt die bürokratische, auf Sozialpartnerschaft ausgerichtete Führung mit den Millionen ArbeiterInnen an der Basis. Wir dagegen, dem Beispiel der Vierten folgend, setzen uns für den Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung innerhalb der Massengewerkschaften ein.

Die ultralinken Positionen der PSG, die von Leo Trotzki schärfstens kritisiert wurden, führen sie bei Streikinterventionen in die Isolation von der kämpfenden ArbeiterInnenschaft. Eine Weiterentwicklung der alltäglichen Forderungen der ArbeiterInnen zu einem revolutionären Programm wird dadurch blockiert – und führt auch dazu, dass die PSG keinerlei Verankerung in der ArbeiterInnenklasse besitzt.

Dazu erhebt die PSG eine Forderung, die sie mit den Piraten und dem rechten Flügel der Linkspartei teilen, nämlich nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen". Diese Forderung nach dem gleichen Einkommen für Erwerbslose wie Erwerbstätige akzeptiert die strukturelle Arbeitslosigkeit im Kapitalismus und sucht sie nur anders zu verwalten. Doch als TrotzkistInnen rücken wir Forderungen in den Mittelpunkt, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, z.B. die Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn, um die vorhandene Arbeit auf alle Schultern zu verteilen.

Die häufigen Vorwürfe der PSG gegen andere revolutionäre Gruppen, den Interessen der KapitalistInnen zu dienen, erscheinen hier besonders kritisch, weil die PSG ihre radikale Gewerkschaftsfeindschaft erst entwickelte, nachdem ihr führender Kader David North selbst Kapitalist wurde.

In Wirklichkeit stellt die PSG keine Kontinuität mit der Vierten Internationale dar, sondern vielmehr mit einer jahrzehntelangen Tradition links-zentristischer Strömungen, die aus der Degeneration der Vierten hervorgingen und sich stets ReformistInnen, StalinistInnen und NationalistInnen anpassten. Wir müssen diese Tradition sehr kritisch untersuchen, um uns das Erbe Trotzkis wieder anzueignen.

Der Weg zu einer revolutionären ArbeiterInnenpartei als Teil der Vierten Internationale erfordert die Aufarbeitung der eigenen Tradition und vor allem die Intervention in die Kämpfe der ArbeiterInnen und Jugend, um eine politische Alternative aufzubauen, die die fortschrittlichsten Sektoren um ein revolutionäres Programm sammelt.

Wir denken, dass diese Aufgabe am Besten auf der Grundlage des historischen Programms der Vierten Internationale gelöst werden kann. Es ist besonders bedauerlich, dass die PSG dieses Programm zugunsten von klassischen ultralinken Positionen, die die Vierte Internationale immer bekämpfte, verworfen hat. Insofern verdient sie keine Stimme.

➟ von Markus Oliver, RIO, Potsdam

Die LINKE wählen?

Nach zehn Jahren in der Regierung ist die Bilanz der Berliner Linkspartei verheerend, und so ist es nicht verwunderlich, dass sich der Großteil der radikalen Linken von ihr abgewendet hat. Doch einige Gruppen, die sich wie RIO auf das Erbe Trotzkis berufen, rufen trotzdem zur Wahl der Linkspartei auf.

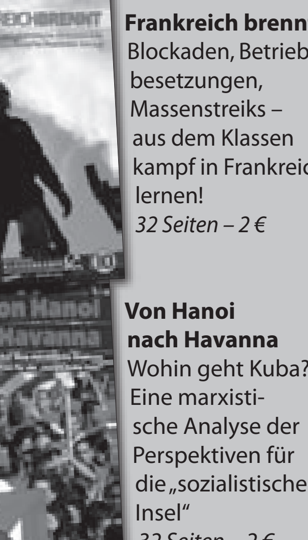
Das Netzwerk **Marx21** führt den Studierendenverband der Linkspartei, stellt aber auch Bundestagsabgeordnete für die Linksfraktion. Sie beschränken sich vollständig darauf, im Rahmen der Linkspartei Politik zu machen und die Partei als Ganzes nach links zu drücken – eine Partei, die hier in Berlin von alten DDR-BürokratInnen und „RealpolitikerInnen" dominiert wird. Dafür lassen sie jede öffentliche Kritik an der Linkspartei fallen. Im Berliner Wahlkampf argumentiert Marx21, dass eine Wahlniederlage nur die Rechten in der Partei stärken würde, und beißt so in den sauren Apfel, die unsägliche Bilanz der Linkspartei in Berlin erst zu kritisieren, wenn die Wahl vorbei ist. So verprellen sie all diejenigen, die schon jetzt gemerkt haben, dass die Linkspartei an der Regierung nur die Verwaltung der Misere bedeutet, und weigern sich, stattdessen eine Alternative auf der Straße aufzubauen.

Die **Sozialistische Alternative** (SAV) ist ebenfalls Teil der Linkspartei, hat aber im Gegensatz zu Marx21 eine öffentliche Kritik an der Regierungsbeteiligung und der unsozialen Politik der letzten zehn Jahre. Sie ist jedoch weiterhin der Meinung, dass die Linkspartei bundesweit „der derzeit wichtigste politische Ansatzpunkt einer Interessenvertretung für Lohnabhängige, Erwerbslose und Jugendliche gegen die Interessen des Kapitals" ist. Doch auch bundesweit ist die Linkspartei mitnichten eine Partei sozialer Kämpfe. In den vier Jahren der weltweiten Wirtschaftskrise hat sie die Mobilisierung gegen die Krise nicht ein Stück vorangetrieben. Für die Wahl argumentieren sie wie Marx21, dass es keine Alternative links von der Linkspartei gäbe und eine Schwächung der LINKEN nur eine Stärkung der Rechten bedeuten würde. Obwohl die SAV anders als Marx21 zur Stärkung des Widerstands auf der Straße aufruft, läuft ihre Politik in letzter Instanz genauso darauf hinaus, den Aufbau einer antikapitalistischen Alternative zur Linkspartei auf später zu verschieben.

Es gibt aber auch einige trotzkistische Gruppen, die die Linkspartei bei dieser Wahl kritisch unterstützen wollen, auch wenn sie nicht Teil der Partei sind, so z.B. die **Gruppe Arbeitermacht** (GAM) und ihre Jugendorganisation „**Revo**". Sie stehen eindeutig gegen die Politik der Linkspartei und rufen nur kritisch zu ihrer Wahl auf, um mit denjenigen in Diskussionen zu treten, die noch Illusionen in die Linkspartei haben (insbesondere bundesweit). Während wir von RIO diese Taktik generell für legitim halten, ist sie doch wie jede Taktik von der objektiven und subjektiven Situation abhängig. Heute, wo kleine Gruppen wie die unsrigen nicht ansatzweise behaupten können, Kontakt zu breiten Teilen der ArbeiterInnenklasse zu haben, und zusätzlich die politisch fortschrittlichsten Teile der ArbeiterInnenklasse und der Jugend immer mehr auf Distanz zur Linkspartei gehen, denken wir, dass es die Aufgabe der Stunde für revolutionäre MarxistInnen sein muss, sich mit diesen Avantgarde-Sektoren zu verbinden anstatt sie mit einem ritualisierten Wahlaufruf, so kritisch er auch sein mag, von sich wegzuschieben.

➟ von Stefan Schneider, RIO, FU Berlin

Publikationen von RIO



Frankreich brennt
Blockaden, Betriebsbesetzungen, Massenstreiks – aus dem Klassenkampf in Frankreich lernen!
32 Seiten – 2 €

Von Hanoi nach Havanna
Wohin geht Kuba? Eine marxistische Analyse der Perspektiven für die „sozialistische Insel"
32 Seiten – 2 €

Der Bildungsstreik
Hintergründe, Bilanz und Perspektiven der bundesweiten Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis
40 Seiten – 2,50 €

Red Brain
linke, antikapitalistische SchülerInnenzeitung von einer unabhängigen Gruppe am John-Lennon-Gymnasium in Zusammenarbeit mit RIO

Was ist RIO?

Wir, die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO), wollen den Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaft ersetzen. Denn das kapitalistische System führt zu Krisen, verursacht Kriege, zerstört die Umwelt und reproduziert Rassismus und Sexismus. Wir sind überzeugt, dass eine **Revolution** notwendig ist, um dieses System zu überwinden, denn die KapitalistInnen werden ihre Macht nicht freiwillig aufgeben. Wir brauchen eine **internationalistische** Perspektive, denn der Kapitalismus ist ein globales System. Dazu ist eine **Organisation** notwendig, die eine klare revolutionäre Strategie systematisch in jeden Kampf hineinträgt. Wir tun nicht so, als hätten wir alle Antworten – wir versuchen, **marxistische Ideen** weiterzuentwickeln und zu verbreiten, und damit einen Beitrag zur Schaffung einer ernsthaften revolutionären ArbeiterInnenorganisation zu leisten.



Auf unserer Website findet ihr weitere Infos über den arabischen Frühling, die 15M-Bewegung im Spanischen Staat, den Generalstreik in Chile, die Wahlen in Argentinien und vieles mehr. Neben Artikeln auf Englisch, Spanisch und Türkisch gibt es auch alle Broschüren zu lesen.
➟ www.revolution.de.com

Kontakt zu RIO

berlin@revolution.de.com
fu@revolution.de.com
potsdam@revolution.de.com
muenchen@revolution.de.com

ViSdP: R. Müller, Hamburg